

Kehrseite

— Editorial ✓ —



Liebe Leserinnen und Leser!

• Wer eine lange Reise antreten will, muss als erstes vor die Tür treten. Diese schlichte Erkenntnis haben wir uns – übertragen auf unsere Kehrseiten-Beiträge – stets zu eigen gemacht. So auch in dieser Ausgabe.

Da ist zunächst der Blick auf den Landschaftspark Lichterfelde-Süd. Hier treibt seit langem ein Baulöwe namens Thomas Groth sein Unwesen. Arm in Arm mit den Bezirkspolitikern aus CDU und SPD setzt er „aus Sorge um die prekäre Wohnungssituation“ – nicht etwa aus Profitgier! – Natur, Umwelt und soziale Infrastruktur aufs Spiel. Ein laufendes Bürgerbegehren versucht, diesem Treiben ein Ende zu setzen (alles Weitere dazu lesen Sie auf S. 2,3).

Der nächste Schritt führt uns zu einem brandaktuellen Thema und über die Grenzen unseres Bezirks hinaus: Werden die Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf, in Berlin und in der Bundesrepublik wirklich willkommen heißen? Was ist von Politikern zu halten, die nach jeder Tragödie flugs die geeigneten Text-Bausteine ihres Betroffenheits-Albums zusammenstellen, um gleich darauf wieder nach dem Aschenputtelprinzip über gute und böse Flüchtlinge zu schwadronieren? Obwohl sie wissen, dass sie genau damit den aus der Mitte der Gesellschaft heraus sprießenden Fremdenhass stimulieren und zu terroristischen Taten animieren. Allerdings sehen sich einige Politiker gezwungen, angesichts der enormen Hilfsbereitschaft vieler Menschen ihre Sprache die-

sem Engagement entsprechend anzupassen. Gerade deshalb ist es überfällig, sich auch endlich der Tatsache zu stellen, dass die Militärinterventionen der USA und ihrer Nato-Vasallen, verübt auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika die Hauptursache für die Massenfluchtbewegungen der Gegenwart sind. Gleich vier Beiträge auf den Seiten 4,5 und 8 befassen sich mit diesem Thema.

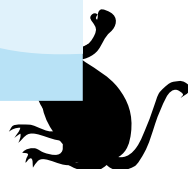
Ein dritter Schritt lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Vergangenheit. Unser Beitrag über die Verbrechen der Wehrmacht in Griechenland zeigt, mit welcher Arroganz die Bundesrepublik über begangene Mordtaten hinweg marschiert ist (s. S. 10). Hinzufügen wollen wir, dass die Geschichte sich fortsetzt. Auch in diesem Jahr muss Griechenland offenbar abgestraft werden, weil es sich erdreistet, eine linke Regierung zu wählen. Übrigens: Deutschland hat an der griechischen Tragödie und der europäischen Finanzkrise ausgezeichnet verdient (Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle). Während Griechenland unter den hohen Zinslasten ächzte, konnte Deutschland aufgrund der in der Krise gesunkenen Zinsen einen Schnitt machen.

Der vierte Schritt bringt uns zurück zum Thema „Umwelt“. Jetzt allerdings im globalen Maßstab. Anfang August stellte US-Präsident Barack Obama mit großer Begleitmusik der Weltpresse stolz seinen „Clean Power Plan“ vor. Überall wurden Lobeshymnen angestimmt. Ein Witz! Obama hat nichts von



Inhalt dieser Ausgabe

- Editorial – 1
- Klimawandel in Lichterfelde Süd? – 2
- Bürgerbegehren für soziale Stadtentwicklung – 3
- Aufmarsch der Heuchler – 4
- Vereisung des sozialen Klimas? – 4
- Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf willkommen – 5
- Marode Schulen in Steglitz-Zehlendorf – 6
- „Opposition ist Mist!“ – aber Mist macht den Boden fruchtbar! – 7
- Ein Gespräch über Naomi Klein – 8
- Austerität und politische Neugruppierung? – 9
- Ungesühnte Wehrmachtsverbrechen in Griechenland – 10
- Termine, Zitate – 12



einem Öko-Helden. Er gleicht eher einem Umweltkriminellen, der nach langem Leugnen schließlich unter dem Druck der Indizien zusammenbricht und ein Geständnis ablegt. Zu diesem Thema legen wir Ihnen das Buch „Kapitalismus vs Klima“ von Naomi Klein ans Herz. In unserer Empfehlung auf Seite 8

haben wir das Buch in den Rang einer Pflichtlektüre erhoben.

Wir hoffen, dass Sie die hier genannten Beiträge und auch diejenigen, auf die wir an dieser Stelle nicht näher eingehen können, mit Gewinn lesen werden.

Die Redaktion ●

Klimawandel in Lichterfelde Süd?



● Alle reden sie vom Klimawandel: Obama, Merkel, die UNO ... Alle! Und während sie alle wortreich ihren Willen zum entschlossenen Handeln bekunden, schreitet die Klimaerwärmung unaufhörlich voran. Alle kennen die Ursachen. Und die schwadronierenden Verursacher? Sie tun so gut wie nichts. Für sie zählt nur das nach Rendite lechzende neoliberale Zauberwort Wachstum.

Das gilt auch für den Wohnungsbau.

Berlin baut ...

... auch in Lichterfelde Süd. Aber Berlin baut nicht selbst, sondern lässt bauen – von Investoren und Bauherren wie dem Baulöwen Groth. Dieser hat ca. 100 ha in Lichterfelde Süd für gerade mal 7 Euro den Quadratmeter erworben, für die ihm am Ende eine enorme Gewinnspanne durch Verkauf und Wiederverkauf winkt. Dass Groth bauen darf verdankt er unseren gewählten Volksvertretern von CDU, SPD und sogar den GRÜNEN. Sie wollen zulassen, dass hier ein einmaliges Naturbiotop im Interesse der Baulobby sehr stark beeinträchtigt und zum Teil zerstört wird.

In der Abteilung Landschaftsplanung und Naturschutz des Stadtentwicklungssenators pfeifen es die Spatzen von den Dächern: auf politischen Druck „von oben“ werden die Erfordernisse des Naturschutzes den Interessen des Investors unterworfen. So hätten beispielsweise im Flächennutzungsplan bestimmte Baugebiete gar nicht als solche ausgewiesen werden dürfen, weil sie aufgrund der Artenvielfalt, die sich in diesen Bereichen angesiedelt hat, unter Schutz gestellt hätten werden müssen. Damit widerspricht die Politik ihren eigenen Vorgaben, wie sie im Landschaftsprogramm-Artenschutzprogramm des Landes Berlin formuliert sind.

Im Bundesnaturschutzgesetz heißt es: §2 (1) „Der Schutz von Natur und Landschaft im Sinne einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung ist eine verpflichtende Aufgabe für den Staat und jeden Bürger.“

„85 Prozent der in Berlin neu gebauten Wohnungen sind Spekulationsobjekte bzw. Anlageobjekte.“
(Reiner Wild, Geschäftsführer des Berliner Mietervereins e.V.)

Verpflichtende Aufgabe?

Die politisch Verantwortlichen verstehen darunter wohl nur, sich für den Schutz des Grothschen Entwicklungskonzept zu verpflichten. Das hat mit vollmundig verkündeter Zukunftsplanung nichts zu tun. Die Losung „BERLIN BAUT“ ist eine *kurzfristige* Strategie und keine Konzeption für eine umfassende Stadtplanung. Gewiss, Berlin braucht neue Wohnungen, vor allem preiswerte. Hier hat die Politik in den letzten Jahren versagt und die jetzige die Situation selbst herbeigeführt.

Für moderate Bebauung

Das Aktionsbündnis Lichterfelde Süd setzt sich seit vielen Jahren für die Erhaltung der Natur ein, hat aber auch zugestimmt, dass bis zu 1500 Wohnungen am nördlichen Rand gebaut werden könnten. Vorausgesetzt, die Natur wird nicht geschädigt. Groth hat zugesagt, dass von den 2500 Wohnungen, die er bauen will, 500 bezahlbar sein sollen. 500 bezahlbare Wohnungen hätte man auch haben können, wenn man den Vorschlag unserer Partei Die LINKE akzeptiert hätte, hier 500 Genossenschaftswohnungen zu bauen, die Gewerbebetriebe zu erhalten, Naturbiotope zu schützen und ein Gebiet für die Naherholung zu öffnen. Das wäre möglich gewesen, wenn der Senat das ihm zustehende Vorkaufsrecht gesichert hätte. Wenn also Politik ihrer Verantwortung durch Steuerung und Regulierung nachgekommen wäre, statt die Initiative und Bauplanung den rein gewinnorientierten Investoren zu überlassen.

Es liegt auf der Hand, dass sich öffentliche Interessen von den Interessen der Investoren unterscheiden. Die Finanziere des Herrn Groth investieren aus Angst vor dem nächsten Finanzcrash und um ihr um den Erdball kreisendes Kapital anzulegen. So soll aus Spekulationsgewinnen Betongold mit satter Dividende werden.

Kaltluftströme werden gestoppt – Klimawandel konkret

Um auf den Anfang zurück zu kommen: Durch die geplante Bebauung der ehemaligen „Parkrange“ werden ganz konkret die Kaltluftströme für die

Thermometersiedlung abgeschnitten. Das führt zwangsläufig zu einer Erwärmung der Siedlung. Durch die geplante hufeisenförmige Bebauung sind klimatische Veränderungen auch für die sogenannte „Grüne Mitte“ unausweichlich. Aber nicht nur für die Thermometersiedlung und die Biotope der „Grünen Mitte“ sind negative Folgen absehbar. Die Bebauung hat auch Einfluss auf die *gesamte* Stadt, da auch die zentralen Kaltluftströme, die die Innenstadt belüften, tangiert werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel heißt nicht nur die Kohlendioxidemission zu mindern, sondern z.B. auch die fortschreitende Bodenversiege-

lung zu stoppen. Wir brauchen ein neues Denken: mit der verheerenden Ideologie, dass Wirtschaftswachstum alle Probleme löst und der „Markt“ schon alles regelt, muss Schluss gemacht werden, wenn wir unseren Planeten retten wollen!

Eberhard Speckmann ●



Abgeschrieben

Bürgerbegehren für soziale Stadtentwicklung

Lichterfelde-Süd: Der Immobilienentwickler Groth will vor allem Wohneigentum bauen

● Auf 39 Hektar sollen ca. 2.500 Wohnungen entstehen, davon 600 Eigenheime, wohl etwa 950 Eigentumswohnungen und 950 Mietwohnungen. Für 500 Mietwohnungen will der Senat durch seine Förderung eine Einstiegs-Kaltmiete von 6,50 bis 8,50 Euro erreichen. Bei nicht geförderten Mietwohnungen wird die Kaltmiete über 10 Euro liegen. Die Mietpreisbremse gilt nicht für Neubauwohnungen.

Das Grothsche Vorhaben „Hybrid City“ grenzt an die Thermometersiedlung, die als **sozialer Brennpunkt** gilt. Hier sind Bestandsmieten von noch um die 5 Euro bekannt. Infrastrukturdefizite im vorhandenen Umfeld ignoriert der Investor Groth. Die für das soziale Umfeld wichtigen etwa 200 Arbeits- und Ausbildungsplätze im Planungsgebiet sind mit dem Entwicklungskonzept von Groth nicht vereinbar und sollen verschwinden.

Die geplante Bebauung wird auf Teilflächen Lebensräume gesetzlich geschützter Arten vernichten. Naturschutzexperten werden bei ihrer Arbeit behindert und nicht passende Gutachten nicht veröffentlicht.

Eine von Groth unabhängige Abschätzung der zusätzlichen Verkehrsströme, die nach dem geplanten Vorhaben zu erwarten sind, fehlt bisher. Ein entsprechendes Gutachten, das die Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf einstimmig forderte, wurde bisher nicht beauftragt. Zu erwartende Folgen des Vorhabens für das Stadtklima sowie unter anderem durch Reflektion von Lärm durch die geplanten massiven Baukörper scheinen auch die politisch Verantwortlichen nicht zu berühren.

Die Groth-Gruppe konnte ihr Grundstück in Lichterfelde-Süd, früher Eigentum der Deutschen Bahn,

soweit bekannt, für 7 Euro/Quadratmeter erwerben. Das Land Berlin verzichtete dabei auf sein gesetzliches Vorkaufsrecht. Durch Änderung des Flächennutzungsplans und Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans sind der Senat und das Bezirksamt zurzeit dabei, den Weg für das Vorhaben der Groths freizumachen und den Wert der Baufläche auf etwa 300 Euro/Quadratmeter zu steigern.

Das geplante Vorhaben der Groths wird das Wohnumfeld der in Lichterfelde-Süd schon wohnenden und der neu hinzukommenden Bürgerinnen und Bürger auf Jahrzehnte hinaus prägen. Die Stadtplanung für Lichterfelde darf deshalb nicht Investoren und Politikern überlassen werden. Das **„Bürgerbegehren „Natur und Landschaft in Lichterfelde mit Wohnen und Arbeiten vereinbaren“** will eine wirkliche öffentliche Diskussion über die Zukunft dieses Berliner Stadtteils bewirken.

(Aus „Grün statt Beton“, Zeitung Berliner Bürgerinitiativen) ●

Liebe Steglitz-Zehlendorfer Bürgerinnen und Bürger,

Überlassen Sie Ihre Stadt nicht Investoren und Politikern, beteiligen Sie sich am Bürgerbegehren. Unterschriftsbögen und Abgabestellen finden Sie im Internet unter www.nets-berlin.de/2015/05/31/buergerbegehren-lichterfelde-sued-jetzt-unterschreiben/.

Bis zum 17. Oktober 2015 finden Sie uns mittwochs von 10 – 12 Uhr am Kranoldmarkt in Lichterfelde-Ost (Lankwitzer Str./Ecke Ferdinandstr.)

Bis zum 20. Oktober müssen 7.000 gültige Unterschriften vorliegen.

Mit Ihrer Hilfe schaffen wir es!

Durch Ihre Unterschrift und auch durch eine Spende:

Aktionsbündnis Lichterfelde Süd, IBAN: DE29830944950003319792

BIC: GENODEF1ETK bei der EthikBank Eisenberg





Aufmarsch der Heuchler

● SPD-Chef Sigmar Gabriel machte den Anfang. Es folgten Bundesinnenminister Thomas de Maizière, Bundespräsident Joachim Gauck und Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Besuchen in Flüchtlingseinrichtungen. Einigkeit herrscht unter ihnen, dass es sich bei den gewaltsamen Protesten gegen die Aufnahme von Flüchtlingen um eine „Schande“ für „unser Land“ handele. Doch tatsächlich hat die Bundesregierung die jetzige Situation sehenden Auges heraufbeschworen. Steigende Flüchtlingszahlen waren absehbar. Doch weder wurden rechtzeitig ausreichend Unterkünfte geschaffen, noch ein Finanzierungskonzept des Bundes für die mit den Organisationsproblemen alleingelassenen Kommunen vorgelegt. Statt dessen übt sich die Bundesregierung in populistischen Scheindebatten über „richtige“ und „falsche“ Flüchtlinge.

Jahrelang rechtfertigten CDU-Politiker die Nichtunterstützung des laufenden NPD-Verbotsverfahrens damit, dass die Neonazipartei aufgrund immer schlechterer Wahlergebnisse in der Bedeutungslosigkeit versinke. Doch wenn in Heidenau und andersorts scheinbar normale Bürger in neofaschistische Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ einstimmen und das Horst-Wessel-Lied mitsingen, beweist sich darin die Existenz eines völkischen Milieus. Gerade in Sachsen wurde die NPD, die dort zwei Legislaturperioden im Landtag vertreten war, vielfach als „normale“ Partei behandelt. Ohne größeren Widerstand konnten die NPD-Kader sich in kommunalen Gremien, Elternbeiräten, Schützenvereinen und bei der Freiwilligen Feuerwehr breitmachen. Ignoranz zeigten Bundes- und Landesregierung auch gegen-

über der rassistischen Pegida-Bewegung, deren Umzüge als „islamkritischer Protest“ von „besorgten Bürgern“ verharmlost wurde. Diese braune Saat geht nun auf – in Heidenau und andernorts.

Die Verharmlosung der Neonazis durch die Bundesregierung ist das eine. Nur in den allerwenigsten Fällen wird sich eine direkte Verbindung zwischen der NPD und Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte nachweisen lassen. Auch in Regionen, in denen diese Partei kaum vertreten ist, kommt es zu fremdenfeindlichen Protesten. Der Verweis auf Neonazis lenkt hier von der Tatsache ab, dass es gerade aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft zu fremdenfeindlichen Manifestationen kommt. Es ist nicht nur die offen faschistische Hetze der Neonazis, die brave Bürger dazu ermutigt, Feuer an Notunterkünften für Flüchtlinge zu legen, sondern gerade auch die Stimmungsmache der Bundesregierung gegen sogenannte Asylbetrüger.

Es erscheint wie ein Déjà-vu-Erlebnis: Als Anfang der 90er Jahre die Asylheime brannten, gaben sich Spitzenpolitiker der sogenannten Volksparteien die Türklinke in den Unterkünften in die Hand. Eben jene Politiker hatten zuvor von der „Asylantenflut“ und dem „Boot, das voll ist“ schwadroniert. Die Konsequenzen dieser Propaganda, die hässlichen Bilder von randalierenden Neonazis und brennenden Flüchtlingsquartieren, wollten die Stichwortgeber des völkischen Mobs nicht sehen.

Ulla Jelpke ●

(Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion
im Deutschen Bundestag)

Vereisung des sozialen Klimas?

● Der Rassismus und die Gewalt in Heidenau, Meißen, Reichertshofen, in Lübeck, Eschburg und in anderen Orten der Republik dokumentieren in Teilen der Bevölkerung eine aus massiven sozialen Abstiegsängsten getriebene Enttabuisierung rechtsradikalen Denkens und xenophober Praxis. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen weisen schon seit längerem darauf hin, „dass eine Zunahme menschenfeindlicher Einstellungen und Verhaltensweisen davon abhängt, inwieweit immer mehr Menschen in unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse, politische Ohnmachtsempfindungen und instabile emotionale Situationen, kurz: in prekäre Verhältnisse geraten“ (W. Heitmeyer / Uni Bielefeld).

Hier fließen zwei Politikfelder zusammen: Es geht einesteils um einen praktizierten Neoliberalismus, der Abstiegsängste hervorbringt, die sich dann in

Ausgrenzung und (in bestimmter) Fremdenfeindlichkeit artikulieren. Andernteils geht es aber auch um Politikversagen angesichts der Auflösung staatlicher Strukturen in Afrika und im Nahen Osten wie auch um den Zusammenbruch europäischer Asylpolitik.

Bodo Ramelow argumentiert in der Süddeutschen Zeitung: „Zu uns kommen die Menschen aus Staaten, an deren Scheitern wir eine Mitschuld tragen. Wir ernten jetzt die Früchte einer Außenpolitik, die der Westen kollektiv zu verantworten hat, weshalb wir jetzt Verantwortung übernehmen müssen. Für mehrere Flüchtlingswellen ist der Westen mitverantwortlich: Despoten wie Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi wurden militärisch entfernt, aber dafür sind Irak und Libyen nun kollabierende, gescheiterte Staaten. Deutschland hat vor mehr als 20 Jahren voreilig Kroatien und Slowenien an-



erkannt und dadurch Kriege im damaligen Jugoslawien forciert. Und nun wundern wir uns, dass

die Leute aus den verarmten Staaten wie Serbien und Albanien zu uns kommen“ (SZ 25.8. 2015).

Hasko Hüning ●

Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf willkommen

● In den letzten Wochen wurden in unserem Bezirk zwei Containerunterkünfte für Asylbewerber eröffnet. Kurz vor dem Einzug der Bewohner durften die Anwohnerinnen und Anwohner und andere interessierte Bürgerinnen und Bürger die Anlagen besichtigen. Auch Mitglieder unserer Partei nahmen gemeinsam mit Petra Pau, Bundestagsvizepräsidentin der LINKEN, die Unterkünfte in Augenschein. Tage der „Offenen Tür“ dieser Art anzubieten, sind höchst begrüßenswert. Auch wenn es zu einer Begegnung mit den Neuankömmlingen noch nicht kommen konnte, sind solche Besichtigungen geeignet, um evtl. vorhandene Berührungängste abzubauen und die Bürgerinnen und Bürger für die Einsicht in die Notwendigkeit solcher Unterkünfte zu gewinnen. Ein erster und wichtiger Schritt hin zu einer friedlichen Nachbarschaft!

Hohentwielsteig

In Zehlendorf befindet sich die Containerunterkunft am Hohentwielsteig. Der Besichtigungstermin am 21. August wurde von 400-600 Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen. Die Unterkunft setzt sich aus zwei „Gebäuden“, jeweils drei aufeinander gesetzte Container, zusammen. Zwischen den Gebäuden sind noch ein Spielplatz, ein Bolzplatz und ein Gemeinschaftsgarten geplant. Die Container-Wohnungen sind unterschiedlich groß: 2-Personen-Zimmer und, etwas größer, Familienzimmer. Im Erdgeschoss wur-

de ein großer Gemeinschaftsraum eingerichtet, der in Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen zu einer Begegnungsstätte werden soll. Sicherlich will niemand von uns über längere Zeit so leben, aber die neuen Bewohnerinnen und Bewohner haben hier vorerst eine, den Umständen entsprechend, sichere und erträgliche Unterkunft gefunden. Verantwortlich für diese Einrichtung ist der Arbeiter-Samariter-Bund Berlin in Zusammenarbeit mit dem Mittelhof e.V. Die Angestellten machten auf uns einen freundlichen und kompetenten Eindruck. Besonders haben wir uns darüber gefreut, dass es kaum negative Kommentare der Bürgerinnen und Bürger gab. Viele erklärten sich hilfsbereit. Pöbeleien und Anfeindungen blieben ganz aus. Ein ermutigendes Signal.

Ostpreußendamm

Die andere Containerunterkunft befindet sich in Lichterfelde Süd am Ostpreußendamm. Sie konnte am 30. August besucht werden. Hier war der Andrang noch etwas größer. In dieser Einrichtung sollen nach den Plänen des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) besonders schutzbedürftige und traumatisierte Flüchtlinge untergebracht werden. Das Äußere der Unterkunft ist nicht gerade einladend, aber die Inneneinrichtung ist einigermaßen wohnlich gestaltet. Für das Personal steht, neben der Gemeinschaftsküche, eine eigene Kaffeeküche



zur Verfügung. Verantwortlich für diese Unterkunft ist das Stadtteilzentrum Steglitz. Leider war an diesem Tag nur ein Stockwerk in nur einem Gebäude zugänglich, und das gesamte Gelände befand sich noch in einem Zustand einer Baustelle. Insgesamt wirkte alles einen Tag vor dem Einzug noch sehr unfertig. Wir fanden auch das Brandschutzkonzept weniger gelungen als das in der Unterkunft am Hohentwielsteig. Dennoch wollen wir uns mit einer Bewertung noch zurückhalten. Trotz dieser Einwände waren die meisten der zahlreichen Besucherinnen und Besucher positiv gestimmt. Mit dieser Grundeinstellung konnten sie allerdings einige kritische Kommentare nicht überdecken: „Mancher Berliner kann sich so eine Unterkunft nicht mehr leisten.“ Ein Satz, der vorurteilsbeladen zum Ausdruck bringen

soll, dass auf Kosten der Einheimischen zu viel des Guten für die „Fremden“ getan wird.

Eher noch zu wenig, wäre richtiger. Gewiss, zusammen mit diesen beiden Unterkünften haben bis jetzt 1000 Flüchtlinge in Steglitz-Zehlendorf eine Unterkunft gefunden. Das ist gerademal ein knappes Drittel der um Asyl suchenden Menschen, die der Bezirk aufnehmen müsste. Wahrscheinlich ist der Bezirk noch deutlich stärker gefordert. Die Zahl der in den kommenden Monaten zu erwartenden Flüchtlinge übersteigt die bisherigen Schätzungen deutlich. Alle Berliner Bezirke stehen vor großen Aufgaben. Wir, die Mitglieder Partei Die LINKE, stellen uns solidarisch diesen Herausforderungen.

Mathias Gruner ●

Marode Schulen in Steglitz-Zehlendorf? – Was tun?

● Der schlechte bauliche Zustand vieler Schulen in Steglitz-Zehlendorf und was man dagegen tun kann, war Thema einer von der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf organisierten Podiumsdiskussion im Juni 2015 im Bürgersaal des Rathauses Zehlendorf. Auf dem Podium saßen der Bezirksstadtrat für Immobilien und Verkehr Michael Karnetzki, die Vorsitzende des Bezirksselternausschusses Birgitt Unteutsch, der Bezirksschülersprecher Juri Strauss und die Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus für Haushalt und Bezirke Manuela Schmidt. Moderiert wurde die Diskussion von Sylvia Vogt vom Tagespiegel. Von Seiten des Senats nahm leider weder ein_e Verantwortliche_r der Senatsverwaltung für Bildung noch für Finanzen teil oder entsendete eine Vertretung, obwohl es gerade immer bei der Zusammenarbeit zwischen Bezirks- und Landesebene hakt, wenn es um Finanzmittel für die Sanierung der Schulen oder aber Personal in den zuständigen Bereichen des Bezirksamtes geht.

Aufsehen erregt hatte Anfang des Jahres Justizsenator Thomas Heilmann mit der Aussage, es gebe in der Großen Koalition nicht den gemeinsamen politischen Willen, dass sich am Zustand der Berliner Schulen grundlegend etwas ändere.

Auch die Podiumsteilnehmer_innen bestätigten dieses Armutszeugnis der Regierungsparteien: die bereitgestellten „Sondermittel Infrastruktur wach-

sende Stadt“ (SIWA) sind allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Fichtenberg-Oberschule zum Beispiel erhält ca. 5 Mio Euro aus dem SIWA-Programm, während aber ein Sanierungsbedarf im Umfang von 13,7 Mio Euro besteht. Es bräuchte eine kontinuierliche, ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Bezirke, um den Sanierungsstau abzubauen zu können. Ohne eigenes planendes Personal sind europaweite Ausschreibungen erforderlich, was den Planungs- und Umsetzungsprozess erheblich verzögert. Die mit SIWA neu bewilligten Stellen für die Bezirksämter decken ungefähr nur ein Drittel des realen Bedarfs der Bezirksämter ab. Zudem ist der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber z. B. für Architekt_innen nicht attraktiv genug. Der Senat müsste ihnen ein Angebot machen, „dass sie nicht ablehnen können.“

Hier wird deutlich, dass die jahrelange Sparpolitik ob bei Infrastruktur oder Personal, welche bedauerlicherweise auch DIE LINKE Berlin mitgetragen hat, nun teuer bezahlt werden muss. Durch die Vernachlässigung der baulichen Substanz vieler Schulgebäude sind die Sanierungskosten nun deutlich höher als wenn man kontinuierlich saniert hätte. Bereitgestellte Mittel für die Schulsanierung können durch fehlendes Fachpersonal in Hochbau- und Schulämtern nicht komplett abgerufen werden. Stellenneubesetzungen gestalten sich schwierig und brauchen viel Vorlauf. Die Bezirke müssen also ausbaden, was die Landesebene eingebrockt hat. Statt Überschüsse aus Steuereinnahmen in den Schuldenabbau zu stecken, muss jetzt investiert werden, bevor weitere Decken in Fachräumen runterfallen, Turnhallen einsturzgefährdet sind, Heizungen in mobilen Unterrichtsräumen im Winter nicht funktionieren, Toiletten unbenutzbar sind ...

Von einer „Bildungsrepublik Deutschland“ zu sprechen während gleichzeitig Schulen wie die Franz-Carl-Achard-Grundschule in Berlin-Kaulsdorf

Auf dem Podium (von links nach rechts): B. Unteutsch, J. Strauss, S. Vogt, M. Karnetzki, M. Schmidt



wegen Einsturzgefahr komplett gesperrt werden müssen, klingt sicherlich in den Ohren der betrof-

fenen Schüler_innen, Lehrer_innen und Eltern wie blanker Hohn ...

Franziska Brychey ●



— Rotlicht ✱ —

„Opposition ist Mist!“ – aber Mist macht den Boden fruchtbar!

Manche Politiker sind jahrelang in der Politik und hinterlassen doch kaum Spuren. Andere wiederum schrumpften am Ende auf Worthülsen zusammen. Franz Müntefering etwa wird vor allem mit der Feststellung „Opposition ist Mist!“ in Erinnerung bleiben. „Zu viel Hitze im Sommer ist auch nicht gut“, könnte man entgegnen, aber damit ist es nicht getan. Die Frage einer baldigen Regierungsbeteiligung der LINKEN auf Bundesebene spukt leider wieder durch die Köpfe.

Nun ist ein Oppositions-Abonnement sicher kein erstrebenswertes Ziel. Aber den unterstellten Hang der Linken zum ewigen Opponieren gibt es auch nicht.

Wer aber aktuell eine Regierungskoalition mit SPD und Grünen anstrebt, muss überzeugt sein, dass die Welt im Grunde in Ordnung ist, und dass es nur darauf ankommt, ein wenig an den Stellschrauben der kapitalistischen Marktwirtschaft zu drehen, also ein bisschen nachzujustieren.

Es ist aber so gut wie nichts in Ordnung:

Das Mittelmeer ist ein Massengrab geworden, fast täglich finden Brandanschläge auf Flüchtlingsquartiere statt, überall in Europa wachsen fremdenfeindliche faschistoide Bewegungen, und die von Deutschland dominierte EU wird mit Stacheldraht und Grenzkontrollen weiter zur Festung ausgebaut.

Im Nahen Osten, in Afghanistan und Nordafrika herrschen Krieg und Verwüstung, für die unser Land nicht nur durch Waffenexporte eine Mitverantwortung trägt. Die große Koalition aber will noch „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen“ und meint damit, militärisch in der Welt deutlich mehr mitzumischen.

In der Zwischenzeit geht – wie man an der finanzpolitischen Drangsalierung Griechenlands sehen kann – die Privatisierungswelle, die Auslieferung staatlicher Verantwortung an private Kapitalinteressen fröhlich weiter. Privat vor Staat heißt die Devise. Wenn die hinter verschlossenen Türen verhandelten Freihandelsabkommen Ceta und TTIP nicht verhindert werden können, werden Konzerne und Banken den Ländern zukünftig diktieren, was überhaupt noch im Interesse der Bürger möglich ist.

Innenpolitisch bleibt die Arbeitslosigkeit mit tatsächlichen 4 bis 5 Millionen dauerhaft auf hohem Niveau, die „Spreizung“ der Einkommen nimmt weiter zu, Bildung ist einkommensabhängig und die Alters-

armut für Geringverdiener, Teilzeitbeschäftigte und Alleinerziehende ist programmatisch angelegt. Und bei der Kontrolle der Geheimdienste bewegt sich nichts. Im Gegenteil! Die Antwort auf die Verstrickung staatlicher Stellen in die rechtsradikale Szene oder die NSA -Überwachung lautet: Ausweitung der Geheimdienst-Befugnisse.

Gibt es Anzeichen dafür, dass SPD und Grüne an dieser Entwicklung grundsätzlich etwas ändern wollen?

Leider spricht dafür derzeit wenig. Die LINKE soll sich vielmehr ändern! Sie soll sich als koalitionsfähig erweisen, indem sie Grundsatzpositionen – wie etwa ihre strikte Ablehnung von Militäreinsätzen – aufgibt. Nötig wäre aber, dass sich SPD und Grüne von einigen Meilensteinen ihrer Regierungszeit – Agenda 2010, Finanzmarkt-Liberalisierung und „Enttabuisierung des Militärischen“ durch die Bombardierung Serbiens (Gerhard Schröder) – selbstkritisch distanzieren, um überhaupt koalitionsfähig zu werden.

Opposition kann sicher auch Mist sein. **Aber Mitregieren ohne wirksamen Einfluss, das ist auf jeden Fall Mist!**

Und es ist ja nicht so, dass Opposition politisch nichts bewirken kann. Die Einführung des Mindestlohns, gegen den sich die offizielle Politik jahrelang gesträubt hat, ist nur hartnäckiger Opposition zu verdanken und die Rückführung der Berliner Wasserbetriebe in die öffentliche Hand wurde auch nicht durch die Regierungsbeteiligung der LINKEN erzwungen, sondern durch die Initiative der oppositionellen gesellschaftlichen Gruppen.

Gregor Gysi hat jüngst erklärt, DIE LINKE müsste dem 10%-Käfig durch eine positive Haltung zu Regierungsbeteiligungen entkommen. Die Gefahr, durch prinzipienlose Regierungsbeteiligung im Meer der gesichtslosen Blockparteien unterzutauchen, um anschließend an Sauerstoffmangel zugrunde zu gehen, erscheint aber erheblich größer.

Die Probe aufs Exempel wurde in den Bundesländern bereits mehrfach gemacht.

Eine zweite sozialdemokratische Partei braucht nämlich in Wirklichkeit niemand! Die Alternative heißt nicht soziale Demokratie, sondern demokratischer Sozialismus!

Apropos Franz Müntefering: Der war in der ersten großen Koalition Arbeits- und Sozialminister und wird uns natürlich auch durch die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre und die Absenkung des Rentenniveaus auf Armutsniveau ewig in Erinnerung bleiben!

Horst Dejas ●

Ein Gespräch über Naomi Klein

● Als ich an einem frühabendlichen Augusttag joggend die inzwischen hundefreie Krumme Lanke erreicht hatte, stand er, auf den Lenker seines Mountainbikes gestützt, unerwartet vor mir: Ein Kollege aus schon Jahre zurückliegender gemeinsamer Tätigkeit. Nach einigen Begrüßungsfloskeln kam er schnell zur Sache: „Ich lese gerade ein Buch, das mich an frühere Diskussionen mit Dir erinnert.“ „Na, dann schieß mal los!“ „Du warst doch immer unser Systemveränderer, für manche warst du ein rotes Tuch, einige Kollegen nannten dich sogar rote Socke. Stimmts?“ „Kann ich nicht leugnen, heute mische ich bei der Linkspartei mit, so gut es geht“, gab ich zur Antwort. „Das wundert mich nicht, aber Erinnerst du dich, wie wir nach der Wiedervereinigung...“ „...du meinst nach dem Anschluss?“, versuchte ich zu korrigieren. „Na gut, ich sage es mal so: Nach 1989 haben wir Hohn und Spott bei dir abgeladen. Obwohl, das musst du zugeben, es waren auch triftige Argumente, die ich und andere gegen deinen real existierenden Sozialismus ins Feld geführt haben.“ „Wohl wahr“, versuchte ich einzuräumen, „aber das letzte Wort...“ „Bleib locker. Was ich dir erzählen will, wird dich bestimmt interessieren. Mein Schwager brachte mir interessante Lektüre mit. Einen langen Zeitschriftenbeitrag mit dem Titel *Kapitalismus versus Klima*, dazu noch eine dicke Schwarte mit demselben Titel...“ „...und die Autorin heißt Naomi Klein“, fiel ich ihm ins Wort, „sie ist geborene Kanadierin, freie Journalistin, schreibt für diverse Zeitschriften und hat schon zwei Bücher über die Machenschaften multinationaler Konzerne und den Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus veröffentlicht.“

Wer leugnet den Klimawandel?

„Willst du mir die Pointe vermiesen? Du wirst es vielleicht nicht glauben, aber ich sag dir, wie es ist. Ich weiß nämlich nicht, ob ich nicht doch noch ein Linker werde.“ Er grinste mich an und fuhr fort: „Naomi Klein entwickelt einen Gedanken, der mich echt umgehauen hat und der mein Weltbild durcheinander wirbelt. Sie weist mit Hilfe von Kronzeugen nach, dass für die amerikanische Rechte die Leugnung des Klimawandels zum Dreh- und Angelpunkt ihrer politischen Identität geworden ist. Naomi Klein beschreibt zum Beispiel einen Think Tank in den USA, der nach marktwirtschaftlichen Lösungen für jedes Problem sucht. In dem Think Tank sind amerikanische Wirtschaftsliberale versammelt, die erkannt haben, dass die Leugnung des Klimawandels untrennbar mit der Verteidigung der heutigen Macht- und Besitzverhältnisse verbunden ist. Sie streiten deshalb rundweg die Gefahr einer Klimakatastrophe ab. Sie tun das, weil ihnen vollkommen klar ist, was geschehen müsste, wenn die CO₂-Emissionen weltweit so schnell und drastisch gesenkt werden sollen, wie die Klimaforschung es fordert. Sie haben näm-

lich begriffen, dass nur eine radikale Neuordnung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse dies bewirken kann. Und sie wissen, dass eine solche radikale Veränderung unvereinbar mit ihrem Glauben an die schrankenlose Freiheit der Märkte ist.“

„Ich erkenne dich kaum wieder“, staunte ich. „Hör mir bitte zu“; in seinen Augen blitzte es, „ich fand es faszinierend, wie plausibel diese Naomi Klein darlegt, dass die Verteidigung einer auf Raubbau basierenden Gesellschaftsordnung einerseits und die Leugnung des Klimawandels andererseits zwei Seiten derselben Medaille sind. Zum Beispiel zitiert sie den Direktor dieses Think Tanks. Er hat sinngemäß gesagt, dass für DIE LINKE der Klimawandel das Ding überhaupt ist. Der Klimawandel liefere den Grund dafür, dass wir alles tun sollten, was die Linken sowieso tun wollte.“ „Richtig“, unterbrach ich ihn, „was die Linken wollen, fürchten die Rechten wie der Teufel das Weihwasser, weil sie wissen, dass mit der notwendigen Veränderung auch ihre neoliberale Theorie und Praxis baden gehen. Denen ist klar, dass die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals der sozialen und ökologischen Frage im Weg stehen.“

Abschied von der Wildwest Wirtschaftsweise

„Spricht da jetzt der Marxist? Vorerst bin ich jedenfalls ein Fan von Naomi Klein. Sie zitiert auch einen britischen Wissenschaftler, der gesagt hat, dass die moderne Umweltbewegung vielen Dingen den Boden bereitet, die der Linken am Herzen liegen. Also Umverteilung des Reichtums, höhere Steuern, mehr staatliches Handeln und Regulieren. Die Dinge liegen nur den Linken am Herzen, nicht den Rechten, und deshalb streiten die Rechten die Gefahr einer Klimakatastrophe einfach ab. Dass sie dabei den Ast absägen, auf dem sie sitzen, ...“ „...zeigt nur, dass sich die Klimaveränderungs-Ignoranten in einer Zwickmühle befinden“, unterbrach ich ihn. „Leugnen sie weiter, wird die von ihnen gepriesene Machtausübung nach den Maßstäben privatwirtschaftlicher Profitabilität nicht mehr möglich sein, einfach deshalb, weil die Welt dann gar nicht mehr bewohnbar sein wird...“ „...genau, genau“, stimmte mir mein ehemaliger Kollege zu, „denn wenn sie zur Einsicht kämen, müssten sie sich von ihrer Wildwest-Wirtschaftsweise sofort verabschieden. Ein hübsches Wort, finde ich. Und um es auf den Punkt zu bringen, zitiert Naomi Klein noch einen amerikanischen



Umweltschutz-Ökonomen, Tim Jackson. Der hat gesagt, dass wir uns in der Zwangslage befinden, entweder das kapitalistische Wirtschaftssystem oder unseren Planeten gegen die Wand fahren zu lassen. Ich will aber nicht, dass unser Planet gegen die Wand gefahren wird. Ich habe verstanden, dass der Privatsektor für die Lösung fast aller Aufgaben, die uns der Klimawandel beschert, denkbar ungeeignet ist. Wo man hinschaut, die Infrastruktur, der Verkehr, Energie und Energieeffizienz, intelligente Stromnetze für den Transport erneuerbarer Energien, Forschungsanstrengungen, Wirtschaftsplanung, Regulierung unternehmerischer Aktivitäten, Welthandel, Konsum, Steuerwesen, überall hapert es vorn und hinten. Wir sind nach Naomi Klein fast verdammt dazu, das Marktfreiheitsdogma, auch ein schönes Wort, zu brechen. Und dann, das wird dir besonders gut gefallen, betont sie, dass die zentrale Rolle des Profits radikal hinterfragt werden muss.“

„Das trifft den Nagel auf den Kopf“, bestätigte ich. „Wir können aber nicht auseinandergehen, ohne das Thema „Flüchtlinge“ anzusprechen. Das Unwort „Wirtschaftsflüchtlinge sollten Politiker aus ihrem Wortschatz streichen...“ „weil wir“, fiel er mir ins Wort, „es mit Klima- und Umweltflüchtlingen zu tun haben, mit Menschen also, die aufgrund ökologischer Krisen ihre Lebensgrundlage verloren haben. Und die Verantwortlichen, nachzulesen bei Naomi Klein, gehören zu jenen, die den Klimawandel leugnen.“ „Richtig, aber jetzt ab nach Hause, unter die Dusche



und dann mit dem Buch auf den Balkon.“ „Ja“, lachte er, „noch mehr Zeilen unterstreichen. Aber im Ernst, du musst nur die ausführliche Einleitung lesen, dann weißt du, dass dieses Buch in jeden Haushalt gehört und von allen Menschen gelesen werden muss.“

Recht hat er, mein ehemaliger Kollege!

Hans Schoenefeldt ●

Austerität und politische Neugruppierung?

● Sechs Thesen zu Europa und Griechenland vor den September-Wahlen

1. Die Euro-Krise ist weder beendet noch auf Griechenland oder andere südeuropäische Länder begrenzt. Die Überschuldung vieler kapitalistischer Länder ist nicht zu übersehen und die wachsende soziale Spaltung auch in den hoch entwickelten Gesellschaften ist ein Hindernis für gesellschaftliches Wachstum. Die kriselnde Globalökonomie hält die Instabilität und Unsicherheit der Gemeinschaftswährung aufrecht. Die Politik der Austerität und der „spaltenden Integration“, wie sie von Finanzminister Schäuble betrieben werden, haben den Charakter eines dominanten Herrschaftsverhältnisses. Die Bundesrepublik erscheint nicht gerade als sanfter Hegemon.
2. Die große Frage für Europa ist die nach einer abgestimmten und solidarischen Entwicklung der Gesellschaften des europäischen Kontinents. Syriza hat mit Macht genau dieses Problem in den letzten Monaten aufgeworfen. Das Ziel, so Tsipras, seiner Regierung und der griechischen Bevölkerung sei nicht das Ende Europas sondern seine Refundie-

rung auf neuen Grundlagen; es gehe darum zu zeigen, dass in der Ökonomie Alternativen existieren und dass Ökonomie selbst Politik ist. Syriza hat in Europa die soziale Frage und ihre ökonomische Grundlegung wieder in die öffentliche Debatte gebracht, und dass der Ausgleich, der Kompromiß ein wesentliches politisches Medium ist.

3. Im Schuldenstreit zwischen Athen und den sog. Troika-Institutionen geht es um die Frage, wie die griechische Ökonomie wieder auf die Beine kommt. Für die von Schäuble angeführte Gläubiger-Allianz geht es um die ökonomische Stabilität eines „Kern-Europa“, nicht um den gesamten Euro-Raum. Ein Schulden-Land aus der Eurozone durch Sparen und Privatisieren „hinauszustrangulieren“ (Grexit) ist da kein Problem. In diese Falle (freiwillige Rückkehr zur Drachme), die die europäische Linke auf lange Zeit als europafeindlich diskreditieren würde, ist Syriza nicht getappt. Tsipras hat erklärt: „Konservative Kräfte in Europa wollen Griechenland weiter aus dem Euro werfen. Wir haben uns für einen Kompromiss entschieden, der uns zwingt, ein Programm umzusetzen, an das wir nicht glauben.“ Denn er weiß, wie wir auch, dass keine der sog. Reformen des aktuellen 3. Rettungsprogramms die Wirtschaft deutlich stärken





wird. Genau deshalb sollte Europa ein Investitionsprogramm für Griechenland planen, das Beschäftigung und Wachstum nachhaltig stärkt“ (Fratzcher/DIW). Das und nicht die gemeinsame Währung Euro ist der Angelpunkt für eine Erneuerung.

4. Das Vertrauen, dass sich die Krise der Währungsunion am Verhandlungstisch lösen lässt, dass es einen fairen Ausgleich der Interessen und Kompromissbereitschaft gibt, ist erschüttert; nicht nur in Griechenland. Nicht nur Griechenland schaut auf die neue Erfahrung einer linken Regierung innerhalb eines neoliberalen Europa. „Die griechische Linksregierung verdeutlicht, wie schwer ein Politikwechsel, wie schwer ein Bruch mit der neoliberalen Konzeption umzusetzen ist“ (Bischoff/Radke). Klar ist, die Revitalisierung der griechischen Ökonomie ist an die von Griechenland aus kaum zu beeinflussende Entwicklung des durch und durch kapitalistischen Europa gebunden. Wichtig erscheint aber, dass die linke Syriza-Regierung sich nicht selbst von dem Kampf um die Entwicklung Europas ausgeschlossen hat.
5. Für den 20. Sept. 2015 sind in Griechenland Neuwahlen angesetzt. Der sich seit den Januar-Wahlen in Griechenland abzeichnende Weg einer Neugruppierung des politischen Systems (Niedergang von der konservativen Nea Dimokratia und der sozialistischen Pasok wird sich weiter ausdifferenzieren. Es überrascht im Grunde nicht, dass das

Bündnis Syriza davon selbst mit der Abspaltung und Neugründung der „Volkseinheit“ (Laiki Enotita) betroffen ist. Dies kann, sollten die Akteure beider Seiten damit verantwortungsvoll und souverän umgehen, zu einer Stärkung der Linken in Griechenland führen; es wird auch die (kommunistische) KKE nicht unberührt lassen.

6. Auch in anderen europäischen Krisenländern stehen weitreichende Umgruppierungen in den Parteiensystemen an; große Teil der Bevölkerung sind mit der bisherigen Art und Weise der politischen Mängelverwaltung nicht einverstanden. Wir stehen u.U. vor einer Phase intensiver Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse durch einen politischen, sozialen und kulturellen Kampf, der die historische Chance bietet für einige Linksparteien, die „Zehn-Prozent-Kultur“ zu durchbrechen. Dieser Kampf muss allerdings in den Institutionen der EU geführt werden, sollen sich die Institutionen selbst in Richtung transnationaler Solidarität verändern. Ein Rückzug auf nationalstaatliche Alleingänge ist keine Lösung.

Nur so können „wir auf einen Zustand hinwirken, in dem Europa, zusammen mit Russland und unter Mitwirkung von Amerika, zu einem unverwechselbaren attraktiven Kontinent des stabilen Friedens in der interpolaren Welt wird“ (Egon Bahr 2012).

Hasko Hüning ●



Ungesühnte Wehrmachtsverbrechen in Griechenland. Das Beispiel Kommeno

● Am Montag dem 16. August 1943 führte eine Einheit der 1. Gebirgsdivision in Westgriechenland eine „Vergeltungsoperation“ gegen Kommeno durch. Es war nicht das erste Verbrechen der Wehrmacht seit dem unprovokierten Überfall am 6. April 1941 auf Griechenland und sollte nicht das letzte bleiben. Bis zum Abzug der deutschen Besatzer am 2. November 1944 geschahen Hunderte weitere mit Tausenden von Toten, großflächigen Zerstörungen und Plünderungen, die sich in der „Begehungsweise“ wie die Juristen sagen, nicht von jenen Untaten unterschieden wie sie deutsche Besatzer in der Sowjetunion oder in Jugoslawien verübten.

Doch Kommeno ragt wegen der Brutalität vor allem gegen Frauen und Kinder heraus. Die Aktion gilt als das furchtbarste Kriegsverbrechen gegen die griechische Bevölkerung

„Normales Kampfgeschehen“

Am 11. August 1943 fand auf dem Marktplatz von Kommeno eine wichtige Versammlung statt. Partisanen waren in das Dorf gekommen und legten die Abgaben der Bauern zur Versorgung für die in den

Bergen kämpfenden Widerstandsgruppen fest. Die Partisanen hatten ihre Waffen an die Außenwand der Taverne gelehnt. Plötzlich näherte sich ein deutscher Kübelwagen. Als der Fahrer die Waffen sah, verlor er die Kontrolle über den Wagen; das Fahrzeug landete im Straßengraben. Verletzt wurde keiner der drei Insassen. Einwohner halfen, den Wagen wieder auf die Räder zu stellen, der mit hoher Geschwindigkeit das Dorf verließ. In dem verunfallten Kübel befand sich Josef Salming, Kommandeur des Gebirgsjägerregiment 98 der soeben nach Griechenland verlegten 1. Gebirgsdivision. Die Divisionsführung befahl einen überraschenden Schlag gegen das „Partisanennest“. Um die Soldaten „aufzuheizen“, wurde behauptet, der Regimentskommandeur sei beschossen worden. Es erging der Befehl, kein Bewohner dürfe das Dorf lebend verlassen.

Am 16. August gegen 6.30 Uhr erreichte die 12. Kompanie den „Einsatzort“. Das Dorf wurde umstellt und mit schweren Waffen beschossen. Danach drangen die Soldaten in die Ortschaft ein, trieben die Einwohner auf den Plätzen zusammen und töteten sie. Jedes Haus wurde durchkämmt, Handgranaten in die Fenster geworfen. Unteroffiziere gingen, Spür-



hunden gleich, wie ein Beteiligter später aussagte, durch die Häuser und Straßen, um den Schwerverletzten den „Fangschuß“ zu geben. Danach überließ man das Dorf den Soldaten für einige Stunden zur privaten Plünderung.

Über das Ergebnis der Aktion berichtete der Erste Generalstabsoffizier der Division (Ia), Karl Wilhelm Thilo. In der Rubrik „Beute“ steht: „150 tote Zivilisten, 16 Stück Großvieh, 1 LKW Wollsachen...“. Tatsächlich wurden 317 Griechen beiderlei Geschlechts und jeden Alters auf unglaublich grausame Weise umgebracht, Leichen geschändet, der Ort geplündert und vollständig niedergebrannt. Unter den Toten waren 97 Kinder bis zum Alter von 15 Jahren.

In einer Notiz des Landgerichts München I von 1968 heißt es: „unter den Opfern sollen sich schwangere Frauen befunden haben. Viele Frauen seien vor ihrer Ermordung vergewaltigt worden, Leiber von Frauen aufgeschnitten und die Kinder in der Weise verbrannt, daß sie ihnen mit Benzin getränkte Watte in die Mäuler stopften und die Watte dann anzündeten. Auch seien Personen die Augen ausgestochen worden...“. Ein beteiligter Soldat bestätigte vor dem Gericht diese Darstellung und stellte fest, daß die Anzahl der Opfer schon damals auf über 300 geschätzt worden war, aber von Thilo nach „unten“ korrigiert wurde.

Ungesühnt

Das Massaker war von der deutschen Justiz lange nicht beachtet worden. 1965 übergab das griechische Außenministerium der westdeutschen Botschaft in Athen eidesstattlichen Erklärungen zweier Dorfbewohner über die Gräueltaten. 1968 wurde vom Landgericht München I ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Behörden übernahmen die von Thilo gefälschten Opferzahlen und gingen davon aus, daß diese Menschen im Zuge normaler Kampfhandlungen getötet worden waren. In einer Notiz heißt es, „Gegenstand des Ermittlungsverfahrens (sei) nicht die bewiesene Tötung von etwa 150 griechischen Zivilisten **anläß-**

lich der Kampfhandlungen (Hervorhebung von mir-M.S.)“. Es gehe ausschließlich um „das angeblich dabei begangene Gemetzel“. 126 ehemalige Angehörige der 12. Kompanie wurden vernommen, doch diesen sei nicht nachzuweisen gewesen, daß sie an den Ausschreitungen beteiligt waren. Viele Gebirgsjäger bestätigten die Richtigkeit der schockierenden Vorwürfe in den eidesstattlichen Erklärungen der beiden Griechen. Die Staatsanwaltschaft machte sich die unwahre Behauptung der Gebirgsjäger zu eigen, Kommeno sei „Stützpunkt oder Versorgungszentrum der Partisanen“ gewesen und es könne „offen bleiben... ob Einwohner des Dorfes selbst als Partisanen tätig geworden sind“. Eingeräumt wurde, „daß zumindest während des Einsatzes der Befehl gegeben wurde, alles niederzumachen.“ Die Ermittler kamen zu dem Schluß: „Die Aktion war also offensichtlich darauf angelegt, einen in Kommeno vermuteten Partisanenstützpunkt auszuheben. Kampfmaßnahmen waren selbst dann nicht rechtswidrig, wenn dadurch die Zivilbevölkerung gefährdet wurde.“ Die Aktion sei erst „ab dem Zeitpunkt rechtswidrig, an welchem feststand, daß sich in der Ortschaft ausschließlich wehrlose Zivilbevölkerung, insbesondere Frauen und Kinder befanden.“ Einsatzleiter war damals Major Reinhold Klebe, der aussagte: „An Leichen von Frauen und Kindern kann ich mich nicht erinnern.“ Obwohl die deutschen Zeugen bestätigten, daß aus dem Ort „nicht geschossen wurde und keine Gegenwehr erfolgte“, stellte man das Verfahren ein. Kein Täter wurde je verurteilt.

Viele der Offiziere, die in die Vorgänge involviert waren, setzten nach 1945 ihre militärische Karriere fort. Thilo, dessen Aufgabe als Ia die Vorbereitung und Auswertung der Operationen war, wurde Kommandeur der 1. Gebirgsdivision der Bundeswehr, Kommandierende General des II. Korps in Ulm und stellvertretender Inspekteur des Heeres. Klebe wurde Bataillonskommandeur in der Bundeswehr.

Die Opfer und ihre Nachkommen sind nicht entschädigt worden.

Martin Seckendorf ●

Dokument

Aus einem Brief, von Ioannis Rhallys, Leiter der Kollaborationsregierung in Athen, an seinen deutschen Dienstherrn, den Militärbefehlshaber Griechenland Wilhelm Speidel, vom 19. Dezember 1943 über das Wüten der 1. Gebirgsdivision im Epirus.

...Bei dieser Gelegenheit sei es mir gestattet, Ihnen mitzuteilen, daß einige Dörfer des griechischen Epirus, infolge von Erschießungen völlig ausgerottet wurden. So wurde das Dorf Kommäna bei Arta ... Opfer einer furchtbaren Dezimierung. 750 Einwohner dieses Dorfes wurden von deutschen Soldaten erschossen. In dem Dorf Lyngiades bei Paramythia wurden 82 Einwohner erschossen, unter diesen 42 Kinder unter 15 Jahren. In dem Dorf

Kephalovryssion der Unterpräfektur Paganio wurden 25 Personen erschossen. ... So wurden in einem nur kleinen Gebiet im Oktober 1943 über 1000 griechische Bürger getötet ...

Obige Dörfer wurden zur Gänze in Brand gesteckt, aber die Zahl der in dem Bereich des Generalgouvernements Epirus in Brand gesteckten Dörfer beträgt nach offiziellen Meldungen an mich, mehr als 100. ... Ich bin aber auch überzeugt, ... daß die Vernichtung Griechenlands unter Gestalt von Vergeltungsmaßnahmen und die Hinrichtung von griechischen Bürgern, ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld, Alter und Geschlecht ... nicht zum Kampf gegen den verabscheuungswürdigen Kommunismus beiträgt.

Quelle: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 19 XI, Bl. 190f





Bilder sagen manchmal mehr als 1000 Worte:



Foto: © Rainer Jensen/dpa-Bildfunk



Dennoch fügen wir zwei Zitate an:

„Die Institutionen der Demokratie sind übrig geblieben, ihre Rituale. Wir halten Wahlen ab, so wie manche Urvölker Regentänze aufführten. Hatten ihre Tänze Einfluss auf den Gang der Wolken?“

Franco Berardi (marxistischer Autor im Gespräch mit der Schweizer Wochenzeitung, WOZ)

„Parlamente wurden im Verlauf der letzten 125 Jahre zu einer Art Fetisch, auf den die Menschen der kapitalistischen Gesellschaft ähnlich orientiert werden wie früher auf Medizinmännerversammlungen, das Orakel von Delphi oder die weihrauchgetränkten Zusammenkünfte der katholischen Kirche.“

Manfred Sohn (Abgeordneter im Niedersächsischen Landtag von 2008 bis 2013)

Termine X

● Fr, 25.09., 19:30 Uhr

Petra Pau, MdB bei der **Podiumsdiskussion zum Thema „Angst“**, 19.30 Uhr, Gemeindezentrum Rothenburgstr. 12a-13, 12165 Berlin

Aktuelle Termine unter: <http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

● Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat um 19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

● Jeden Dienstag ab 17.00 Uhr:

Beratung durch **Rechtsanwalt zu Hartz IV** (Sozialrecht), Verbraucherrecht, Schuldnerfragen und Wohnen
Anmeldung erbeten unter (030) 70 09 67 41

● Di, 13.10., 19:00 Uhr

Studienkreis, Geschäftsstelle der LINKEN.
Steglitz-Zehlendorf (Schildhornstr. 85a, 12163 Berlin)

● Do, 24.09., 18:30 Uhr + Do, 29.10., 18:30 Uhr

AK Kiezpolitik, Geschäftsstelle der LINKEN. Steglitz-Zehlendorf (Adresse s.o.)

Links:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin

Tel. (030) 70 09 67 41, E-Mail: info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de

www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de, Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

